

Grüne Wien zu Lobauautobahn: Sparvariante beschädigt Nationalpark

Maresch: Bürgermeister Häupl soll endlich die Notbremse ziehen

Wien (OTS) - "Nun ist die Katze endgültig aus dem Sack", beurteilt Rüdiger Maresch, Umweltsprecher der Grünen Wien heutige Medienberichte über die Lobauautobahn. Die Asfinag plant eine Brücke über die Donau statt eines Tunnels, um damit Geld zu sparen. "So eine Variante würde den Nationalpark Lobau direkt beschädigen", erklärt Maresch. Das haben alte Planungen der Asfinag selbst ergeben.

Bereits Anfang September reagierte Bürgermeister Häupl in einem Zeitungsinterview auf das mögliche Aus des Tunnels angesprochen heftig und erklärte: "Wenn der Lobautunnel nicht gebaut wird, dann gibt's Krieg." Nun liegen also die Pläne der Asfinag für eine Schmalspurvariante auf dem Tisch. "Ich empfehle Bürgermeister Häupl in der Causa Lobauautobahn endlich die Notbremse zu ziehen und sich klar und deutlich dagegen auszusprechen", so Maresch.

"Die Spar-Absicht der Asfinag kommt für uns nicht überraschend", so Maresch, denn die Asfinag-Schulden liegen bereits jetzt bei etwa 10 Milliarden Euro. Maresch nimmt Asfinag-Vorstand Reichhold beim Wort, der angesichts der Schulden gesagt hat: "Dann bauen wir halt nicht". "Gute Idee", kommentiert Maresch diese Aussage, "und am besten fängt die Asfinag mit dem Sparen gleich bei den ab 1. November geplanten Probebohrungen in der Lobau an. Diese Probebohrungen sind alleine schon eine Verletzung des Nationalparks und werden von uns sicher nicht so einfach hingenommen werden."

Abgesehen von den inhaltlichen Gründen - wie z.B. das Entstehen eines weiteren Speckgürtels um Wien, das Anlocken des internationalen Schwerverkehrs nach Wien und keinerlei Entlastung der alten Donaustädter Ortskerne und der Südosttangente - soll das Projekt laut Asfinag-Schätzung 1,6 Mrd. Euro kosten. "Hier fallen mir ad hoc einige Verwendungszwecke ein, bei denen das Geld viel besser angelegt ist", erklärt Maresch. "Der öffentliche Verkehr, insbesondere die leider unzuverlässige Schnellbahn kämpft mit riesigen Finanzierungslücken. Genauso könnte dieses Geld einen großen Beitrag zu der von den Grünen und der SPÖ geforderten Grundsicherung leisten", erklärt Maresch abschließend.